



Berlin-Forum der Stiftung Zukunft Berlin zum Thema »Zukunft der Demokratie« / Schlussfolgerungen des Berlin-Forums vom 1.7.2024

Berlin Forum
c/o Stiftung Zukunft Berlin
Koordination: Anett Szabó
Nymphenburger Straße 9
10825 Berlin
Tel.: +49 (0)30 263 92 29-14
szabo@stiftungzukunftberlin.eu
www.berlinforum.berlin

1. Die Demokratie ist auch in der Hauptstadt Berlin herausgefordert durch Desinformation, Populismus und autoritären Druck. Es ist entscheidend, die Widerstandskraft demokratischer Institutionen und Prozesse in der Stadtgesellschaft zu stärken, um langfristige Stabilität und Legitimität zu gewährleisten. Diese Aufgabe muss als **gesamtgesellschaftliche Herausforderung** erkannt und als Querschnittsaufgabe für alle politischen Bereiche in den Blick genommen werden. Es geht um die demokratische Verfasstheit, die in allen Organisationen, Institutionen und Sozialformen realisiert werden muss. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist gefordert, im täglichen Verhalten und Kommunizieren für die demokratischen Werte einzustehen. Das im Grundgesetz formulierte republikanisch-demokratische Verständnis des „Volkes“ als Bürgerschaft muss neu bewusst gemacht und als gemeinsame Haltung gestärkt werden.
2. Demokratische Widerstandskraft ist ohne eine **konsequente Beteiligung** der Berliner Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen nicht zu erreichen. Das darin ausgedrückte Interesse von Politik und Verwaltung an den Beiträgen der Bürgerinnen und Bürger stärkt deren Selbstwirksamkeit, führt zu mehr bürgerschaftlicher Mitverantwortung für die Demokratie und befördert ihre Identifizierung mit ihr. Dazu müssen Bürgerinnen und Bürger erleben können, dass ihre Mitwirkung ernsthaft gewollt ist.
Neue Formen institutionalisierter bürgerschaftlicher Mitverantwortung (Bürgerräte, Bürgerforen) müssen ebenso ausprobiert und etabliert werden, wie das Nutzen besonderer bürgerschaftlicher Kompetenzen aus der Zivilgesellschaft.
Die institutionalisierten Formen müssen verbindlich festlegen, wo der Ort der Beteiligung im politischen Prozess angesiedelt ist und sicherstellen, dass die Beteiligung *vor* der politischen Entscheidung erfolgt und ihre Ergebnisse in die Entscheidungsprozesse einfließen.



Dabei ist ein sinnvoll ausbalanciertes Verhältnis der Initiierung „von oben“ (Beteiligung durch Regierende initiiert) und „von unten“ (selbstermächtigtes Handeln der Zivilgesellschaft) anzustreben. Die Aufgabe der Parteien, zur politischen Willensbildung beizutragen, muss wieder deutlicher ins Bewusstsein gerückt werden.

3. Negative Erfahrungen mit staatlichem Verwaltungshandeln schaden der Demokratie erheblich. Deshalb ist es dringend notwendig, das **Verwaltungshandeln** schnell und für die Bürgerschaft spürbar zu **verbessern**. Dazu ist es von zentraler Bedeutung, innovative Ansätze zur Förderung digitaler Teilhabe und Transparenz in unserer Stadt zu entwickeln, um sicherzustellen, dass demokratische Prozesse den Anforderungen des digitalen Zeitalters gerecht werden.
4. Eine informierte Bürgerschaft ist unerlässlich für das Funktionieren der Demokratie. Es ist daher wichtig, mit langem Atem weitere alters- und zielgruppenspezifische Bildungsprogramme zu entwickeln, die demokratische Werte, Prinzipien und Fähigkeiten vermitteln und Jugendlichen frühzeitig die Erfahrung vermitteln, durch demokratische Teilhabe das politische Geschehen mitgestalten zu können.
5. Eine **Demokratie**, die auf die **Teilhabe aller** achtet, respektiert die Vielfalt ihrer Bevölkerung, schützt die Rechte und Freiheiten aller Individuen. Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, der Toleranz und des Respektes, die Hauptstadt einer offenen Gesellschaft. Es ist wichtig, Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv entgegenzuwirken und diese Vielfalt zu verteidigen.
6. Die Herausforderungen, denen die Demokratie gegenübersteht, sind globaler Natur. Es ist wichtig, die **internationale Zusammenarbeit** mit anderen Großstädten, besonders im europäischen Kontext, und den Austausch gerade zu Fragen der Weiterentwicklung der Demokratie etwa mit den Partnerstädten Berlins zu stärken.
7. Eine zukunftsfähige Demokratie muss ökologische, soziale und wirtschaftliche **Nachhaltigkeit** integrieren.



8. Eine hohe **Wahlbeteiligung** ist entscheidend für die Legitimität demokratischer Systeme. Es ist wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, um die Zugänglichkeit zu Wahlen zu verbessern, die Erfahrung von politischer Selbstwirksamkeit zu stärken und politische Bildung zu fördern. Die Tatsache, dass in Berlin viele Neubürgerinnen und Neubürger wegen unzumutbar langer Einbürgerungsverfahren jahrelang nicht zur Wahl gehen können, ist nicht hinnehmbar. Hier muss schnell Abhilfe geschaffen werden. Dass ein großer Teil der Stadtgesellschaft nicht wahlberechtigt ist, kann kein sinnvoller Dauerzustand sein.

9. Eine **Kommunikation**, die das Zuhören in den Mittelpunkt stellt und auf gegenseitiger Wertschätzung, Empathie und Respekt basiert, ist von zentraler Bedeutung für ein demokratisches Miteinander. Es ist wichtig, den Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern und Raum für konstruktive, durchaus kontroverse Diskussionen und Debatten, in denen Streit ausgehalten wird, zu schaffen. Dazu sind sowohl Diskursformate für gesamtstädtische Berliner Themen notwendig als auch Stadtteil- und quartiersbezogene Formate, in denen möglichst konkret gemeinsame Vorhaben und Projekte ausgehandelt werden können („**Dritte Orte**“). Positive Beispiele neuer Formate wie *talking shops* und *share houses* in England oder einmalige Aktionen wie Bürgertafeln in Innenstädten (Frankfurt/Oder) sollten auch in Berlin umgesetzt werden.
Ein besonderer Fokus muss auf die jüngeren Bürgerinnen und Bürger gerichtet werden, für die einladende Orte und Gelegenheiten angeboten werden müssen, an denen face-to-face-Diskurse und konkrete Aushandlungsprozesse etwa über politische Beteiligungsformen oder Kultur- und Sportangebote für Jugendliche vor Ort mitgestaltet und erlebt werden können. Kinder- und Jugendparlamente mit Antragsrecht in politischen Entscheidungsgremien, wie in Tempelhof-Schöneberg, sollten in allen Berliner Bezirken eingeführt werden.

10. Berlin ist geprägt von großer Vielfalt. **Unterschiedliche kulturelle Prägungen**, politische Anschauungen und internationale Loyalitäten, die zu widerstreitenden Meinungen und Haltungen führen, prägen die Stadtgesellschaft. Die demokratische Widerstandskraft in Berlin zu stärken und die Vielfalt zu verteidigen, muss deshalb ein gemeinsames Anliegen von Zivilgesellschaft und Politik sein.



Fazit: Angesichts der aktuellen Debatten und Herausforderungen ist es auch an der Zeit, das **Partizipationsangebot in der Stadt** auf seine Wirksamkeit hin zu **überprüfen**. Beteiligung heißt noch nicht automatisch Mitentscheidung, aber als ernstgenommene Entscheidungsvorbereitung, gemeinsam und auf Augenhöhe, ist sie unerlässlich. Drei Themen sind dabei aus Sicht des Berlin-Forums von besonderer Relevanz:

1. Konsequente Beteiligung fördern (Schlussfolgerung 2),
2. Pluralismus und Diversität schützen (Schlussfolgerung 5),
3. „Dritte Orte“ und konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten stärken (Schlussfolgerung 9).